

Hildebrandt, Eckart

Book Part

Ökologische Arbeitspolitik

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1994) : Ökologische Arbeitspolitik, In: Universität Bremen, Kooperationsbereich Universität-Arbeiterkammer, Forschungstransferstelle (Ed.): Humane Technikgestaltung, Qualifizierungspolitik und Regionalentwicklung: eine Tagung zu Handlungsbedarfen und Gestaltungskonzepten aus der Sicht von Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik, ISBN 3-88722-309-8, Forschungstransferstelle, Kooperationsbereich Universität-Arbeiterkammer, Universität Bremen, Bremen, pp. 230-238

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/111956>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

2.3.10 Ökologische Arbeitspolitik. Eckart Hildebrandt, Wissenschaftszentrum Berlin

Einleitung

Für dieses abschließende Referat habe ich mir eine dreifache Aufgabe gestellt:

Erstens eine Thementausweitung in der Richtung vorzunehmen, daß ich auf die wachsende Bedeutung der Umweltsituation, d. h. der Risiken der Wachstumsgesellschaft, für das betriebliche Arbeitshandeln und dessen Rahmenbedingungen hinweise. Ich werde das Konzept einer "Ökologisch erweiterten Arbeitspolitik" einbringen und einige Forschungsergebnisse vorstellen.

Zweitens möchte ich eine Themenintegration vornehmen in dem Sinne, daß ich versuche, Gemeinsamkeiten neuer betrieblicher Gestaltung- und Beteiligungsfelder herauszuarbeiten. Bereits ein erster Überblick über die gesellschaftliche Beteiligungsdebatte zeigt uns, daß neben den klassischen Verhandlungsfeldern (Lohn-Leistungs-Verhältnis, Arbeitszeit) sukzessive neue Beteiligungsfelder entstanden sind, die aber additiv nebeneinander stehen: Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsgestaltung, Technikgestaltung, Qualitätssicherung über Zirkel und als neuestes Feld der sogenannte Arbeitsumweltschutz. Meine These lautet, daß die jeweils separate Konzipierung und Institutionalisierung dieser Bereiche die Reichweite und Realisierungsfähigkeit der jeweiligen Beteiligungskonzepte eng begrenzt. Ich plädiere dagegen für integrierte Beteiligungskonzepte, die die Gestaltungsbereiche Arbeit, Technik und Umwelt miteinander verknüpfen.

Aber auch dieser integrierte Ansatz verbleibt im Rahmen einer engen, häufig nur arbeitsplatzbezogenen oder zumindest betriebsbezogenen Sichtweise. Arbeitswissenschaftliche Beteiligungs- und Gestaltungsprojekte wollen die Einzelarbeitnehmer an ihren Arbeitsplätzen ganz konkret ansprechen, sie verlieren aber dabei häufig die Verbindungen des betrieblichen Verhaltens mit den generellen Arbeits- und Lebensbedingungen aus dem Auge. Der ökologische Ansatz ist deshalb drittens besonders geeignet, den größeren Zusammenhang zwischen Lebensstilen, ökologischem Alltagsverhalten, Einkommenssituation und Arbeitszeit, betrieblicher Tätigkeit, Qualifikation und Arbeitsplatzsicherheit wieder deutlicher herauszustellen und darüber auch innere Widersprüche und Grenzen von Beteiligungs- und Gestaltungskonzepten sichtbar zu machen. Nicht ohne Grund scheitern viele engagierte Beteiligungsprojekte an der Ausblendung restriktiver Rahmenbedingungen, betrieblich tradierter Normen und Regelungen sowie widersprüchlicher individueller Interessenlagen.

Das folgende Schaubild soll diese Zusammenhänge in vereinfachter Form vorführen. Der dominierende Wirkungsmechanismus besteht in den Prozessen der "**Externalisierung**" und der "**Re-Internalisierung**". Im Großteil der Produktionsprozesse von Gütern und Dienstleistungen werden - teilweise kostenlos - Ressourcen der Umwelt entnommen, Emissionen, Abfälle und Produkte als Naturbelastung wieder abgegeben. Dieser Externalisierungsme-

chanismus ist auch in Bezug auf das Arbeitsvermögen wirksam: Das Unternehmen nimmt gesellschaftliche und individuelle Vorleistungen in Form des Großziehens von Kindern, der Erziehung und Ausbildung in Anspruch, belastet andererseits auch die Gesellschaft mit gesundheitlichen Folgen des Arbeitslebens. Wir können sogar auch auf Seiten der Beschäftigten einen Externalisierungsmechanismus wahrnehmen: Physisch und psychisch anstrengende, einseitige und sinnentleerte Lohnarbeit wird kompensiert mit extensivem Konsum, hoher Mobilität, extensiver Freizeit mit hohem Naturverbrauch, führt gleichzeitig zur Belastung der Familie mit Hausarbeit, Kranken- und Altenpflege.

Diese sich kumulierenden Belastungen der Umwelt haben zu einer steigenden Überforderung der natürlichen und sozialen Ressourcen geführt. Die Voraussetzungen und Folgen weiteren wirtschaftlichen Wachstums und die Sicherstellung von Lebensqualität für alle Bevölkerungsteile fallen immer weiter auseinander. Die Umweltschäden und das anwachsende Bewußtsein der laufenden Risiken führen zu einem zunehmenden Druck auf die "Reinternalisierung" der Umweltfolgen von Gewerbe und Dienstleistungen.

Der zweite Mechanismus ist die **Verbindung zwischen Arbeitsweise und Lebensstil über das Einkommen**. Der dominierende Typ der instrumentellen Lohnarbeit ist durch das Bestreben gekennzeichnet, mit möglichst wenig Arbeit(zeit) möglichst viel Geld zu verdienen, um damit in der Freizeit möglichst viel zu konsumieren, was häufig mit einem hohen Naturverbrauch verbunden ist. Gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen und anspruchslose Tätigkeiten werden bei diesem Modell weitgehend in Kauf genommen. Produktionssteigerung, Einkommenssteigerung und Konsumsteigerung sind eng miteinander verschränkt.

Diese bequeme und komfortable Lebensform wird nun über zwei Rückwirkungen der Umweltbelastung in Frage gestellt: einmal über die Einschränkung des Gebrauchswerts teurer Konsumgüter (exemplarisch der PKW) und über die steigenden Kosten des Umweltschutzes, die als Beitrags- und Steuererhöhungen geltend gemacht werden (exemplarisch die Kosten der Altlastensanierung in den Neuen Bundesländern). Mit zunehmenden Umweltschäden und Risiken findet eine indirekte, "ökologische Entwertung" der Einkommen statt.

Der dritte Mechanismus ist die **Trennung zwischen Arbeiten und Leben über die Arbeitszeit**. Die bisherige Forderungspolitik zielte auf eine ständige Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedenen Formen ab. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit war immer eine gleichzeitig weitergehende Einkommenssteigerung mitgedacht; sie bedeutete dann vermehrte Freizeit bei erhöhter Kaufkraft. Mit der Vermarktung der Freizeit ging eine immer weitergehende Naturverdrängung (Wohnen, Ernährung, Mobilität) und ein immer exzessiverer Naturverbrauch (Hobbies, Erholung) einher. Aber ökologisch wenig belastende Lebensbedingungen sind nur mit ständig steigendem Zeit- und Geldaufwand zu erhalten. Und: Die Möglichkeiten, durch Eigenarbeit in der Freizeit einerseits Kosten zu sparen und andererseits die Lebensqualität zu erhöhen (ohne den Einsatz zusätzlichen Einkommens!), werden immer ein-

geschränkter. Diese Entwicklung wird zusätzlich bedrohlich unter den Bedingungen, daß immer mehr Menschen dauerarbeitslos sind bzw. sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden und daß in Zukunft die Einkommen bei sinkender Arbeitszeit sinken werden. Also auch bei diesem Mechanismus ergeben sich Gegenkräfte in Richtung auf reflexiven Konsum, Konsumeinschränkung, mehr ökologische Eigenarbeit.

Zusammenfassend können wir also sehen, daß über die ökologische Krise die Reproduktionsmechanismen des Wachstumsmodells grundsätzlich in Frage gestellt werden. Ich möchte dies im folgenden etwas ausführlicher für das neue Themenfeld der "ökologisch erweiterten Arbeitspolitik" in sechs Thesen darstellen und abschließend noch einmal auf gemeinsame Elemente betrieblicher Beteiligungs- und Gestaltungskonzepte zurückkommen.

(1) Beschäftigte sind Verursacher von Umweltbelastungen im doppelten Sinn: als Produzenten und als Konsumenten.

Die Trennung der Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme mit unterschiedlichen Interessendefinitionen und Handlungslogiken ist grundlegend auch für die Orientierungen und Verhaltensweisen der Menschen gegenüber dem Umweltschutz. Wir können drei Rollen unterscheiden, von denen unter unterschiedlichen Bedingungen jeweils andere Rollen dominieren können: die Rolle als Produzent von Produkten und Dienstleistungen, die Rolle als Konsument, und die Rolle als Bewohner und als politischer Bürger. In jedem dieser drei Bereiche gibt es auch unterschiedliche Handlungsbedingungen, die Umweltengagement befördern, kanalisieren oder hemmen.

Wir wollen im folgenden den Bereich privatwirtschaftlich organisierter Lohnarbeit in den Mittelpunkt stellen, der durch die Einbindung der Mitarbeiter in das einzelunternehmerische Wachstumsziel und soziale Besitzstandswahrung geprägt ist. Hohe Arbeitsteilung und ausgeprägte Hierarchiestrukturen haben hier zu umweltpolitischer Inkompetenz und organisierter Unverantwortlichkeit geführt.

Die andere Seite dieser hohen gesellschaftlichen Ausdifferenzierung ist die kompensatorische Ergänzung zwischen der sogenannten Arbeitswelt und der sogenannten Lebenswelt über den Einkommensmechanismus. Die Zielvorstellung von Lohnarbeit in den hochentwickeltesten Industrieländern hat sich zunehmend in die Richtung entwickelt, daß in möglichst kurzer Arbeitszeit möglichst viel verdient wird, um mit diesem Einkommen in einer möglichst langen Freizeit möglichst viel und gut konsumieren zu können. Das Interesse an ständiger Steigerung und Verbilligung der Produktion ist Unternehmer, direkten Produzenten und Konsumenten gemeinsam. Bereits hierin ist angelegt, daß punktuelle ökologische Verbesserungen an Produkten und Dienstleistungen durch den Mengeneffekt kompensiert werden.

(2) Die Anforderungen an ein neues Umweltbewußtsein und Umwelthandeln kommen von außerhalb der Betriebe

Die Umweltschädigungen durch die Industrialisierung sind über den Mechanismus der "Externalisierung" entstanden: Ressourcen werden möglichst kosten- und grenzenlos der Standort-Umgebung entnommen, Emissionen der Produktion möglichst unreglementiert an die Umgebung abgegeben und die Produkte mit ihren Folgen durch die Nutzung und Depoponierung möglichst vollständig von der Herstellung getrennt. Das spart nach einzelbetrieblichem Kalkül Forschungsaufwendungen und Kosten, solange die externen Folgen von der Natur bzw. der Gesellschaft getragen werden. Das Ausmaß der Umweltvernutzung und -belastung hat diese Schwelle längst überschritten. Sie führt, sich beständig quantitativ und qualitativ ausbreitend, zu massiven Einschränkungen der gegenwärtigen Lebensqualität der Menschen, aber auch zur Verschlechterung der Produktionsbedingungen und Absatzchancen der Unternehmen.

Der Protest gegen diese "Risikoproduktion" wird von einer zunehmend sensibler werdenden Öffentlichkeit vorgetragen und bringt den Staat in das Dilemma, beide Seiten des Wohlstandsmodells weiterhin zu gewährleisten: wirtschaftliches Wachstum einerseits und Erhaltung von Gemeinschaftsgütern und -rechten wie eine intakte Umwelt, Gesundheit, Entfaltung der Persönlichkeit andererseits.

Konsequenteste Vertreter der Umwelt sind die neuen sozialen Bewegungen, in denen einzelne, engagierte Bürgern sich zur Verteidigung ihrer Lebensqualität und zur Erhaltung der Natur zusammenschließen. Viele Umweltschützer sind natürlich auch Arbeitnehmer in normalen Betrieben. Während sie sich aber z. B. im Rahmen von Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden ein breites Betätigungsfeld aufgebaut und teilweise auch politische Rechte erkämpft haben, können sie sich im Betrieb auf kein selbstverständliches Engagement und keine vorhandenen Rechte beziehen. Ihr gesellschaftspolitisches Engagement ist im Betrieb verboten, die gegenwärtige Betriebsverfassung bietet dafür keinen Raum. Sie sind und bleiben Außenseiter im Betrieb, werden nur in seltenen Ausnahmefällen zum Kristallisationspunkt für innerbetriebliche Umwelt-Initiativen.

Die Reinternalisierung der Umweltfolgen der Wirtschaft, oder besser noch deren Vermeidung, ist für die Unternehmen und die Interessenverbände ein neues und tiefgreifendes Problem. Sie versuchen, das Problem einer grundlegenden Reform des Wirtschaftssystems auf verschiedene Weise aus dem Wege zu gehen: durch neue Formen der Externalisierung, durch die Neudefinition von Ver- und Erträglichkeiten, durch Abschwächung der ökologischen Probleme durch Problebleugnung, Problemverlagerung, Verniedlichung, Nichtinformation und offensives Marketing, sowie durch punktuelle ökologische Nachbesserung.

(3) Die Bearbeitungsfähigkeit der Umweltprobleme durch die Unternehmen ist von verschiedenen Seiten stark eingeschränkt

Der Weltmarkt ist durch die Zunahme der internationalen Konkurrenz insbesondere unter Kostengesichtspunkten geprägt. Die Krisenstrategien der Unternehmen richten sich durchgehend auf intensive interne Rationalisierung und Verbesserung der Marktpräsenz durch Verbilligung und teilweise durch Qualitätssteigerung der Produkte. Die Rationalisierungsmaßnahmen in der aktuellen Version der "lean production" führen zu einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit und Lohndrückerei auch in den exportstarken Ländern; die Verbilligung der Produkte zu einem Weiterdrehen der Konsumspirale ohne ökologische Reflexion. Damit zerfällt die Wirtschaft in den hochentwickelten Ländern tendenziell in drei Segmente, deren Umgang mit Ökologie ganz unterschiedlich ist:

- a. High-Tech-Firmen mit Präsenz auf dem Weltmarkt, die ihren Beschäftigten relativ hohe Sozialstandards und Einkommen bieten sowie neue betriebliche Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Firmen verfügen über ein hohes wissenschaftlich-technisches Modernisierungspotential, das allerdings im wesentlichen auf punktuelle Einspar- und Nachsorgetechniken begrenzt bleibt. Je nach Betriebsgröße existieren unterschiedliche wissenschaftliche, organisatorische und finanzielle Ressourcen für den betrieblichen Umweltschutz.
- b. Kleinere Low-Tech-Firmen, die von niedrigen Preisen leben und entsprechend niedrige Sozialstandards bieten. In solchen Firmen dominiert die Kosteneinsparung, die durch Niedriglöhne, hohe Arbeitsintensität und Nichteinhaltung z. B. von Gesundheits- und Umweltschutzvorschriften erzielt wird.
- c. Beschäftigungsgesellschaften und sogenannte Alternativbetriebe, die ihren Absatz auf lokalen Märkten über neue, sozial nützliche und umweltverträgliche Produkte/Dienstleistungen erzielen. Sie zeichnen sich durch eine starke Lebensqualitätorientierung bei den Produkten und geringe traditionelle Schutzstandards aus.

Betrieblicher Umweltschutz wird noch immer als reaktive, additive Politik betrieben, deren Zusatzkosten möglichst zu vermeiden sind; die ökonomischen (Einspar-)Effekte einer Ökologisierung greifen noch nicht. Die ergriffenen Einzelmaßnahmen sind zeitverzögert und unverhältnismäßig. Neben neuen Abwälzungsstrategien (z. B. auf die Kunden) wird vielmehr versucht, Ökologie als neues Wirtschaftsfeld aufzubauen (Abfall als Wertstoff im neuen "Dualen System"). Dabei werden die "systematischen Vollzugsdefizite marktwirtschaftlicher Lösungen" bewußt in Kauf genommen (zu hohe Kosten, nur begrenzte Erfassung, fehlende Kontrolle von Erfassung und betrieblicher Durchführung, nur vordergründige ökologische Entlastung).

Bezüglich der staatlichen Ordnungspolitik versuchen die Unternehmen zunehmend, durch Selbstorganisation des betrieblichen Umweltschutzes und durch freiwillige Selbstverpflichtungen staatliche Vorgaben und Kontrollen zu vermeiden. Eine entsprechende Selbst-Stabili-

sierung und Eigendynamik des betrieblichen Umweltschutzes (integrierter Umweltschutz) ist aber aufgrund der oben beschriebenen Mechanismen nicht gegeben. Gleichzeitig wird die Stellung der externen Kontrollbehörden geschwächt und die öffentliche Politik zur Wirtschaftsförderung vereinseitigt.

Die öffentlichen Unternehmen haben bisher keine Vorreiter-Rolle übernommen; sie stehen unter dem massiven Druck der Kosteneinsparung und der Privatisierung.

(4) Die derzeitigen Produktionsregime sind wenig geeignet, um ökologische Initiativen der Beschäftigten aufzugreifen

Aufgrund der intensiven öffentlichen Debatte, aufgrund des Wertewandels in der Bevölkerung, die auch in die Arbeitswelt hineinragt, und auch aufgrund massiver, unternehmensverursachter Störfälle wird die Identifizierung der Beschäftigten mit "ihrem" Betrieb immer stärker gestört, aber das Bedürfnis nach verantwortlichem Handeln und der Handlungsspielraum hierfür bleibt massiv eingeengt. Die Grenze zwischen außerbetrieblicher Umwelt und Bürgerrechten auf der einen Seite, Arbeitsumwelt und Mitbestimmung auf der anderen Seite hat auch in Zeiten neuer "Unternehmenskulturen" nichts von ihrer Bedeutung verloren.

- Ökologische Produkt- und Produktionskritik kann die Existenz des "eigenen" Betriebs bedrohen und damit den eigenen Arbeitsplatz;
- Hohe Arbeitsteilung und ständig steigende Intensivierung der Arbeit (Beschleunigung) verringern den Raum für ökologische Reflexion und Gestaltung;
- Da ökologische Aspekte bisher kaum in die Tätigkeitsbeschreibungen eingegangen sind und in der Regel Zusatzarbeit erfordern, führen sie für die Beschäftigten zu Zusatzbelastungen;
- Ökologische Initiativen von unten sind faktisch immer Kritik an Vorgesetzten und mit Zusatzaufwand verbunden; sie werden außer in dem engen Rahmen von betrieblichem Vorschlagswesen nicht gefördert.

Neue Produktionskonzepte enthalten zwar Möglichkeiten der Aufgabenerweiterung und größerer dezentraler Entscheidungsspielräume - allerdings im Rahmen steigender Produktivität und prinzipiell gleichbleibender Machtasymmetrien. Die Angebote der Unternehmensleistungen zur direkten und informellen Beteiligung der Beschäftigten werden häufig als Alternative zur institutionalisierten Interessenvertretung verstanden.

(5) Das traditionelle Modell betrieblicher Interessenvertretung ist wenig geeignet, Ziele des gesellschaftlichen Umweltschutzes zu integrieren

Die in der Arbeiterbewegung in den letzten sechzig Jahren vollzogene Trennung zwischen Arbeitswelt und Lebenswelt begründet die Gefahr negativer Verknüpfungen zwischen ge-

sellschaftlichem Umweltschutz und gewerkschaftlichen Kern-Themen wie Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung, Belastungsabbau und Arbeitszeitverkürzung. In existenziellen Bedrohungssituationen, aber auch in kleinen Alltagsentscheidungen, entscheiden sich die Arbeitnehmer durchaus rational gegen die Umwelt (vgl. aktuell das PVC-Verbot). Umweltschutz bedeutet in vielen Fällen Abbau bestehender Schädigungsursachen und d. h. die Einstellung von Produkten und Produktionen, ohne daß Transformationsmechanismen in neue, besitzstandssichernde Beschäftigungen existieren. Die auflaufenden Zusatzkosten für Altlastensanierung und für den in der Regel nachsorgenden Umweltschutz bedeuten für die Arbeitnehmer Einkommensabzüge in verschiedener Form. Der Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften für die soziale Frage widerspricht der kollektiven Betroffenheit von der Umweltkatastrophe; ihre Parteilichkeit durch die Einbindung in den Produktivitäts- und Sozialpakt begründet prinzipielle Zweifel daran, ob Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form mehr als nur selektiven und bedingten Umweltschutz ("Arbeitsumweltschutz") zu betreiben.

Hinzu kommt, daß das in der gewerkschaftlichen Forderungspolitik festgeschriebene, für die Umwelt negative Ergänzungsverhältnis zwischen Arbeit und Konsum ist noch in keiner Weise aufgehoben ist, sondern vielmehr ungebrochen als Vorbild für alle sich industrialisierenden Länder gilt: möglichst intensive (fremdbestimmte) und gutbezahlte Arbeit für möglichst viel Konsum. Die Arbeitnehmer der hochindustrialisierten Länder führen in diesem Bereich weniger einen Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital als einen Umverteilungskampf zulasten Dritter (soziales und ökologisches Gefälle in der Arbeitsbevölkerung). Die gewachsenen und verrechtlichten Organisationsstrukturen der Interessenvertretung sind wenig offen für neue Themen, neue Verfahren und den Zugang neuer Akteure und Gruppen (Grüne im Betrieb, ökologisch aktive Ingenieure und Naturwissenschaftler, gewerkschaftlich orientierte externe Experten etc.). In diesem Bereich zeigt sich das individuelle Engagement als wichtiger als die formelle Aufgabenzuschreibung. Die gewerkschaftliche Kompetenz für das neue Themenfeld muß erst systematisch aufgebaut werden, bevor Rechte verankert werden können.

Gewerkschaftliche Umweltpolitik im Betrieb führt zudem in unternehmerische Gestaltungspolitik als Voraussetzung klassischer sozialer Schutzpolitik. Gestaltungspolitik und Eigenverantwortung in Zusammenarbeit mit dem Management sowie multilaterale, umweltbezogene Kooperation müssen mit dem traditionellen Prinzip bilateraler Interessenauseinsetzung in ein neues Verhältnis gebracht werden.

Das Gegengewicht zu der dominierenden Bindung gewerkschaftlicher Interessenpolitik an das Betriebswohl wäre die gleichzeitige Stärkung betriebs- und branchenübergreifender, nicht protektionistischer Strukturen; das Gegenteil ist bei der gegenwärtigen Strukturdebatte des DGB der Fall.

(6) Eine gesellschaftbezogene Umweltpolitik im Rahmen der industriellen Beziehungen, die über eine eng verstandene "Arbeitsumweltpolitik" hinausgeht, verlangt eine lebensweltliche Öffnung der Arbeitswelt und eine stärkere Einmischung in die Unternehmenspolitik.

Aus den vorausgegangenen Thesen ergeben sich vier wichtige strategische Ansatzpunkte für eine aktivere Rolle der Arbeitnehmer in der unternehmensbezogenen Umweltpolitik:

a. Eine wirklich veränderte Betriebsverfassung, die dem Wertewandel auch im Betrieb gerecht wird und die Verantwortung der Beschäftigten auf die sozialen und ökologischen Folgen ihres Arbeitshandelns erweitert (vgl. exemplarisch Rüstungskonversion) und ihnen die dazu notwendigen Informationen, Qualifikationen, Zeitressourcen, Kooperationszusammenhänge und Einflußmöglichkeiten bietet.

b. Eine veränderte Definition der gewerkschaftlichen Umweltverantwortlichkeit, indem der Umweltaspekt in alle anderen gewerkschaftlichen Themenfelder integriert wird (sustainable Tarifpolitik); eine Veränderung der gewerkschaftlichen Zuständigkeit, indem die verstärkte Befassung mit Betriebspolitik ergänzt wird durch eine Öffnung für Lebensqualität und Zukunftsverantwortung, und dafür wieder stärker lokale wie auch nationale und supranationale Strukturen aufbaut werden.

c. Die Förderung eines veränderten Arbeitsverständnisses der Beschäftigten in Richtung Re-professionalisierung und d. h. der Ganzheitlichkeit und Langfristigkeit des Denkens und Arbeitshandelns unter Einbeziehung der Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Leben.

d. Der Aufbau regionaler und lokaler Konversions-Infrastrukturen, durch die einerseits Unternehmenstätigkeit in ihren sozialen und ökologischen Dimensionen kontrolliert wird, zum anderen Konversionsprozesse präventiv unterstützt und sozial abgesichert werden.

Die Krise muß auch als Chance begriffen werden, Schrumpfung der Wachstumslogik zu ökologischen Erholungsprozessen, zu ökologischen Einsichten und Verhaltensänderungen sowie zur Entwicklung grundsätzlich neuer Wirtschaftsformen zu nutzen.

NEUE BETEILIGUNGS- UND GESTALTUNGSFELDER

